

Knapp 6200 Personen in Haft

72 Prozent sind Ausländer

Die Zahl der Inhaftierten in Schweizer Strafanstalten wächst, bleibt gemessen an der Wohnbevölkerung aber stabil. Seit 2004 ist auch der Anteil Ausländer an den Inhaftierten stabil; es sind mehrheitlich Zugereiste.

(sda) · Fast 6200 Personen sind in der Schweiz inhaftiert. Das ist der höchste Stand seit 1999 – im Verhältnis zur Bevölkerungszahl bleibt der Häftlingsbestand aber konstant. Dies geht aus der Statistik über den Freiheitsentzug 2010 hervor, die am Dienstag vom Bundesamt für Statistik (BfS) veröffentlicht worden ist. Danach waren am 1. September 2010 in der Schweiz 6181 Personen in Einrichtungen des Freiheitsentzugs inhaftiert. Auf 100 000 Einwohner kommen damit 80 Insassen in Haftanstalten, diese Zahl ist seit 2004 ziemlich konstant, 2005 waren es 83 Häftlinge pro 100 000 Einwohner. Die Schweiz hat im westeuropäischen Vergleich somit eine niedrige Häftlingsrate.

«Kriminaltouristen»

Die Gefängnisse waren 2010 zu 92,5 Prozent belegt. Die Belegungsrate nahm gegenüber 2009 um 1,5 Prozentpunkte zu. Während in den Deutschschweizer Kantonen die Anstalten zu rund 87 Prozent belegt waren, erreichte die Belegungsrate in den lateinischen Kantonen 105 Prozent. So musste etwa die Genfer Anstalt Champ-Dollon, die auf 270 Haftplätze angelegt ist, 2010 zeitweilig 622 Häftlinge aufnehmen. Ei-

nige Waadtländer Gefängnisse waren zu 130 bis 170 Prozent belegt. Von den Inhaftierten befanden sich 31 Prozent in Untersuchungshaft, 61 Prozent im Straf- und Massnahmenvollzug, 6 Prozent waren im Rahmen von Zwangsmassnahmen im Ausländergesetz und 2 Prozent aus anderen Gründen inhaftiert. Die Zahl der Inhaftierten wegen Verstössen gegen das Ausländergesetz ist seit 2008 rückläufig.

Vor allem Männer

Seit 2004 ist der prozentuale Anteil an ausländischen Inhaftierten stabil: Er macht 72 Prozent des Gesamtbestands aus. Bei den Untersuchungshäftlingen lag der Ausländeranteil bei über 81 Prozent – Ausländer werden wegen Fluchtgefahr allerdings eher in Untersuchungshaft genommen als Schweizer.

Festzustellen ist zudem, dass 60 Prozent der ausländischen Untersuchungshäftlinge keinen offiziellen Wohnsitz in der Schweiz haben – es handelt sich um «Kriminaltouristen», Grenzgänger und illegal Eingereiste. Diese Kategorie hat seit 2004 um 63 Prozent zugenommen. Dagegen hat die Zahl der Asylsuchenden in Untersuchungshaft (5 Prozent) stark abgenommen.

Nur 5,6 Prozent der Inhaftierten sind Frauen, auch das ein seit 1999 ziemlich konstanter Prozentsatz. Der Anteil der Minderjährigen ging auf 0,6 Prozent zurück, das ist der geringste Wert seit 1999. Die Erhebung wurde bei den 114 Anstalten und Institutionen des Freiheitsentzugs durchgeführt. Sie verfügen über total 6683 Haftplätze. Seit über 100 Jahren hat sich die Zahl der Haftplätze in der Schweiz nur wenig verändert.

Zu wenige Anstalten für Jugendliche

(sda) · In der Schweiz gibt es zu wenige Haftplätze für straffällige Jugendliche. Daher sind einige von ihnen in Strafanstalten für Erwachsene untergebracht, was an sich gegen die Kinderrechtskonvention von 1997 verstösst. Die Zahl der in Erwachsenen-Strafanstalten inhaftierten Jugendlichen konnte laut Statistik zum Freiheitsentzug zwar von 100 im Jahr 2000 auf 39 (2010) reduziert werden. Die jungen Leute sind auch in separaten Abteilungen der Haftanstalten untergebracht. Eigentlich gehören sie aber nicht in Erwachsenen-Strafanstalten, wie der Freiburger Jugendrichter Michel Lachat darlegt. Die meisten straffälligen Jugendlichen sind in speziellen Anstal-

ten und Heimen untergebracht, die nicht in der Statistik über den Freiheitsentzug aufgeführt werden. In der Deutschschweiz sind die bekanntesten derartigen Institutionen die Anstalt in Uitikon (Zürich) und der Arxhof (Baselland), in der Westschweiz La Clairière in Vernier (Genf) und La Croisée in Orbe (Waadt). Bis heute existiert keine Statistik über die Jugend-Haftanstalten. Es gibt zurzeit weder in der deutschen noch in der lateinischen Schweiz genügend Plätze, wie Dieter Hebeisen, Präsident der Schweizerischen Vereinigung für Jugendstrafrechtspflege, sagt. Solche Strukturen benötigten entsprechendes pädagogisches Kader und seien sehr teuer.